



Berufungsentscheidung

Der Unabhängige Finanzsenat hat über die Berufung des A, in B, vom 17. Oktober 2011 gegen den Bescheid des Finanzamtes Salzburg-Stadt vom 14. Juli 2011 betreffend Abweisung eines Antrages auf Berichtigung eines Rückstandsausweises und Einstellung des Vollstreckungsverfahrens nach der am 4. Dezember 2013 in 5026 Salzburg-Aigen, Aignerstraße 10, durchgeführten Berufungsverhandlung entschieden:

Die Berufung wird als unbegründet abgewiesen.

Der angefochtene Bescheid bleibt unverändert.

Entscheidungsgründe

Mit Anbringen vom 15. Juni 2011 beantragte der Berufungswerber (Bw) A (StNr. XY) die Richtigstellung eines Rückstandsausweises (vom 6.6.2011) und Aufhebung der Vollstreckung.

In der Begründung führte er im Wesentlichen aus, dass die oben genannte Steuernummer bisher unter falschem Namen (von seiner Person aus gesehen) C geführt worden sei. Durch die Namensberichtigung mit 6. Juni 2011 des Finanzamtes beantrage er auch die Berichtigung des Rückstandsausweises, der sich aufgrund des bisher falschen amtlichen Namens ergebe.

Im Besonderen beantrage er den Rückstandsausweis um die Umsatz – und Einkommensteuerfestsetzungen für die Jahre 1995 bis 1998 zu entlasten, weil diese Schätzungen nicht rechtskräftig zugestellt worden seien und aufgrund des falschen amtlichen Namens schwer rechtskräftig zustellbar waren. Dasselbe gelte auch für die Pfändungsbescheide und Nebengebüh-

ren.

Dazu verwies der Bw auf die Bestimmungen betreffend Zustellung in der BAO und nach dem Zustellgesetz.

Für die Behörde habe keine Veranlassung bestanden, den Bw bei den Steuerfestsetzungen für die Jahre 1995 bis 1998 mit einem namenrechtlichen nicht identen Namen zu bezeichnen.

Der Bw verwies dazu auf die richtige Verwendung seines Vornamens in einer Anfrage des Finanzamtes vom Februar 1987, auf das amtliche Wirtschaftstreuhanderverzeichnis und auf die beiliegende Meldebestätigung des Magistrates Salzburg vom 9. Mai 2011 (siehe vorgelegte Beilagen).

Aufgrund des namenrechtlich falsch bezeichneten Empfängers seien die gegenständlichen Bescheide entweder an das Finanzamt von der Post zurückgesandt, oder wenn sie fälschlicherweise zugestellt wurden, blieben die Briefe ungeöffnet. Dem Bw seien die gegenständlichen Bescheide tatsächlich nicht zugekommen und seien deshalb mangels rechtskräftiger Zustellung als Nichtbescheide zu qualifizieren.

Hingewiesen werde im speziellen noch auf den Pfändungsbescheid an die Sozialversicherungsanstalt weil dieser Bescheid tatsächlich dem Bw nicht zugekommen sei und deshalb als Nichtbescheid zu gelten habe.

Es werde daher beantragt gem. § 16 ff AbgEO die Vollstreckung unter Aufhebung der bisher vollzogenen Vollstreckungsakte einzustellen.

Dieser Antrag wurde seitens des Finanzamtes Salzburg-Stadt mit Bescheid vom 14. Juli 2011 als unbegründet abgewiesen.

In der Begründung wurde ausgeführt, dass am 6. Juni 2011 kein Rückstandsausweis ausgestellt wurde. Eine rückwirkende Berichtigung der zuvor ausgestellten und den Exekutionen zu Grunde liegenden Rückstandsausweise erfolge nicht.

Die Abgabenbehörde habe das Abgabenkonto des Bw unter dem Namen geführt, der beim Ersuchen um Vergabe einer Steuernummer am 27. Jänner 1979 bekanntgegeben wurde. Dies war der Name C. Ebenso sei der Fragebogen anlässlich der Neuaufnahme mit diesem Namen bezeichnet und unterschrieben worden.

Zudem gehe aus mehreren Eingaben unzweifelhaft hervor, dass der Bw die den Rückstandsausweisen zu Grunde liegenden Abgabenbescheide erhalten habe (z.B. Berufung gegen den Umsatz – und Einkommensteuerbescheid 1995 vom 14. August 1997; Berufung und Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens betreffend Einkommens – und Umsatzsteuerschätzungen vom 10. August 1999; Anm. betreffend ESt und USt-Schätzungen 1996).

Ein Einstellungsgrund im Sinne des § 16 AbgEO liege somit nicht vor.

Der Name des Abgabenkontos des Bw wurde mittlerweile am 27. Mai 2011 auf A geändert.

Gegen diesen Bescheid erhob der Bw (nach Fristverlängerung) mit Schriftsatz vom 17. Oktober 2011 das Rechtsmittel der Berufung.

Der Bescheid werde sowohl der Höhe als auch dem Grunde nach angefochten. Es werde konkretisierend beantragt, den Rückstand lt. Buchungsmitteilung vom 3. Mai 2011 um die Einkommens – und Umsatzsteuern der Jahre 1995 bis 1998 in Höhe von € 65.644,28 mittels Gutschrift zu entlasten, als auch die sich aufgrund der Pfändungsbescheide ergebenden Belastungen in Höhe von € 2.199,83 gutzuschreiben, weil die gegenständlichen Bescheide mangels eines richtigen Bescheidadressaten sowohl im Spruch als auch in der Zustellung Mängel aufwiesen und deshalb keine Rechtswirkung entfalten konnten.

Zusätzlich beantrage er auch die Belastung bezüglich Einkommensteuer 2005 in der Höhe von € 885,98, die am 20. Juli 2011 gebucht wurde, wieder gutzuschreiben, weil in der Entscheidung sowohl in der Bescheidadresse als auch im Spruch ein falscher Name angegeben wurde und somit diese Entscheidung keine Rechtswirkung haben könne.

Für die oben angeführten Anträge werde eine amtswegige Berichtigung beantragt.

In der Begründung wurde ergänzend zum Vorbringen vom 15. Juni 2011 vorgebracht, dass ihm der Fehler bei der Anmeldung beim Finanzamt erst danach von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder mitgeteilt wurde.

Weiters wurde auf die richtige Nennung des Namens durch das Finanzamt im Jahr 1987 verwiesen und darauf, dass der UFS-Salzburg in seiner Entscheidung vom 21. Juli 2011 trotz Nachweises des richtigen Namens (in der mündlichen Verhandlung) den falschen Namen anführte.

Auf das Vorbringen betreffend die nicht gewährte Akteneinsicht wird verwiesen.

Der Bw wiederholt weiters, dass die Bescheide für 1995 bis 1998 aufgrund eines nicht zweifelsfrei feststehenden Bescheidadressaten als Nichtbescheide zu gelten hätten.

Wenn das Finanzamt auf von ihm erhobenen Berufungen hinweist, werde ausgeführt, dass ihm die Berufungsentscheidungen nicht zugekommen seien.

Betreffend den gestellten Wiederaufnahmeantrag samt Berufung vom 10. August 1999 führte er aus, dass ihm das zugrunde liegende Gutachten nicht vorliege und mangels gewährter Akteneinsicht nicht einschaubar war. Im Nachhinein betrachtet scheine aufgrund seiner Krankheit die Geschäftsfähigkeit in der Zeit in Frage zu stehen, was weitere Zustelldifferenzen aufwerfe.

Aufgrund seiner Krankheit habe er für die Jahre 1995 bis 1998 keine steuerpflichtigen Gewinne aufgewiesen und musste froh sein in keine größeren Haftungsprobleme geraten zu sein. Die Umsätze seien eingebrochen und habe er den Rest der Umsatzsteuer am 10. Februar

1998 dem Finanzamt überwiesen. Alles was darüber hinaus belastet wurde, betrachte er als ungerechtfertigte Bereicherung der Republik.

Der Bw beantragte die Durchführung einer mündlichen Verhandlung.

Aus dem Akteninhalt (Veranlagungsakt und Einbringungsakt des Bw zu StNr. XY) werden noch folgende Feststellungen getroffen:

Sowohl die Neuaufnahme des Bw beim Finanzamt im Jahr 1979 als auch Berufungen des Bw (z.B. für die gegenständlichen Veranlagungsjahre 1995 und 1996) erfolgten mit dem Vornamen „D“ und wurden diese Anbringen auch mit „D “ unterschrieben (zuletzt noch Antrag auf Akteneinsicht vom 11. Februar 2011).

Dazu ist auch auf die Ausführungen in der UFS Entscheidung vom 21. Juli 2011 zu RV/0091-S/11 zu verweisen, in der auf Seite 7 und 8 weitere Beispiele, in denen vom Bw bzw. von anderen Personen der Vorname „D “ verwendet wurde, angeführt sind.

Wenn der Bw überhaupt die Zustellung der Bescheide (der Veranlagungsjahre 1995-1998), welche seit gegenständlicher Antragstellung (2011) mehr als 10 Jahre zurückliegen, bestreitet, ist darauf zu verweisen, dass sämtliche Bescheide mit RSb-Rückscheinbrief durch Hinterlegung ordnungsgemäß zugestellt wurden (z.B. wurden der Einkommen – und Umsatzsteuerbescheid 1998 vom 9. 11. 2000 am 24. November 2000 durch Hinterlegung zugestellt).

Die Berufungsverfahren betreffend die Veranlagungsjahre 1995 und 1996 wurden mangels Beantwortung von Mängelbehebungsaufträgen mit Bescheiden vom 3. November 1997 (für 1995; Zust. d. Hinterlegung am 6. November 1997) und vom 5. April 2000 (für 1996; Zust. d. Hinterlegung am 10. April 2000) beendet.

Dass der Bw Kenntnis von den damaligen Rückständen (aus den Veranlagungen 1995-1998) hatte ergibt sich z.B. aus dem anlässlich der Berufung gegen den Einkommensteuerbescheid 2001 mitenthaltenen Antrag auf Aussetzung bzw. Abschreibung der Rückstände (im Betrag von S 1,083.341,--) betreffend sein Steuerkonto Nr. XY und Einstellung der Pensionspfändung bei der Sozialversicherung d. Gew. Wirtschaft.

Zudem sind Überweisungen aufgrund der Pfändung seiner Pension auf dem Abgabenkonto seit August 2007 ersichtlich.

In der am 4. Dezember 2013 über Antrag des Bw abgehaltenen Berufungsverhandlung – zu der der Bw nicht bzw. verspätet nach Schluss der Verhandlung erschienen ist - wurde kein neues Vorbringen erstattet.

Über die Berufung wurde erwogen:

[§ 16 Abs. 1 AbgEO](#) lautet:

Außer in den in den §§ 12 bis 14 angeführten Fällen ist die Vollstreckung unter gleichzeitiger Aufhebung aller bis dahin vollzogenen Vollstreckungsakte auf Antrag oder von Amts wegen einzustellen

1. wenn der ihr zugrunde liegende Exekutionstitel durch rechtskräftige Entscheidung aufgehoben wurde;
2. die Vollstreckung auf Sachen oder Forderungen geführt wird, die nach den geltenden Vorschriften der Vollstreckung überhaupt oder einer abgesonderten Vollstreckung entzogen sind;
3. wenn die Vollstreckung gegen eine Gemeinde oder eine als öffentlich gemeinnützige erklärte Anstalt gem. § 8 Abs. (3), für unzulässig erklärt wurde;
4. Wenn die Vollstreckung aus anderen Gründen durch rechtskräftige Entscheidung für unzulässig erklärt wurde;
5. Wenn das Finanzamt auf den Vollzug der bewilligten Vollstreckung überhaupt oder für eine einstweilen noch nicht abgelaufene Frist verzichtet hat oder wenn es von der Fortsetzung des Vollstreckungsverfahrens abgestanden ist;
6. Wenn sich nicht erwarten läßt, daß die Fortsetzung oder Durchführung der Vollstreckung eine die Kosten dieser Vollstreckung übersteigenden Ertrag ergeben wird;
7. Wenn die erteilte Bestätigung der Vollstreckbarkeit rechtskräftig aufgehoben wurde.

Aus § 12 AbgEO ergibt sich, dass Einwendungen gegen den Anspruch nur insofern erhoben werden können, als diese auf den Anspruch aufhebende oder hemmende Tatsachen beruhen, die erst nach Entstehung des diesem Verfahren zugrunde liegenden Exekutionstitels eingetreten sind. Dies gilt z.B. dann wenn nach Ausstellung des Rückstandsausweises der Abgabeananspruch durch Zahlung aufgehoben, oder durch Bewilligung einer Stundung gehemmt wird.

§ 13 AbgEO betrifft Einwendungen wonach die Vollstreckbarkeit nicht eingetreten ist (vom Abgabepflichtigen bestritten wird), § 14 AbgEO behandelt Widersprüche durch Dritte.

Der Einwendung des Bw, wonach durch Verwendung eines falschen Vornamens (D statt E) die angeführten Bescheide keinen richtigen Bescheidadressaten enthielten und sowohl im Spruch als auch in der Zustellung mangelhaft gewesen seien und deshalb keine Rechtswirkungen entfalten konnten, kann nicht gefolgt werden.

Wie schon vom Finanzamt ausgeführt wurde, erfolgte die Neuaufnahme des Bw unter dem von ihm bekannt gegebenen Vornamen „D “ im Jahr 1979. Wie aus zahlreichen Eingaben (auch Berufungen usw.; siehe Feststellungen aus dem Akteninhalt) zu ersehen ist, wurde vom Bw selbst der Vorname „D “ verwendet und hat der Bw auch stets mit diesem Vornamen unterschrieben. Der Bw wurde daher unwidersprochen vom Finanzamt mehr als dreißig Jahre (bis zur Änderung im Jahr 2011) mit dem Vornamen D geführt.

Es besteht für den UFS somit kein Zweifel dass mit C nur die mit amtlich richtigen Namen lau-

tende Person A gemeint sein kann. Daran ändert auch eine einmalige Benennung des Bw als „E “ im Jahr 1987 durch das Finanzamt nichts, eben so wenig, dass der Bw in Verzeichnissen mit dem richtigen Vornamen angeführt wurde. Der Bw wurde daher in den angeführten Bescheiden sowohl im Spruch als auch im Adressaten zweifelsfrei als Person richtig identifizierbar benannt, sodass von einer ordnungsgemäßen Zustellung der vom Bw angesprochenen Bescheide auszugehen ist. Damit sind die gegenständlichen Bescheide als rechtskräftig anzusehen, sodass es zu keiner Entlastung des Abgabekontos kommen kann.

Dazu ist auch auf die Rechtsprechung des VwGH, z.B. vom 28.6.2007, 2005/16/0187 (und andere), zu verweisen, wonach eine unrichtige Bezeichnung des Bescheidadressaten dann unbeachtlich ist, wenn diese offenbar auf einem Versehen beruht und der Adressat zweifelsfrei feststeht, bzw. wenn nach der Verkehrsauffassung kein Zweifels an der Identität des Empfängers bestehen.

Anzumerken ist auch, dass eine Pfändung durch Zustellung des Zahlungsverbots an den Drittschuldner (bezogen auf den Abgabenschuldner; siehe § 65 Abs. 1 AbgEO) bewirkt wird. Auf eine Zustellung des Pfändungsbescheides an den Abgabepflichtigen kommt es daher nicht an.

Wenn der Bw ausführt, dass ihm Berufungsentscheidungen nicht zugekommen sind, ist darauf zu verweisen, dass die Zustellung der Bescheide, welche die Zurücknahme der Berufungen nach Mängelbehebungsaufträgen aussprachen – wie auch die Bescheidzustellungen der Abgabenbescheide selbst – mit RSb-Briefen durch Hinterlegung erfolgt ist (siehe dazu auch die Feststellungen aus dem Akteninhalt).

Auf das Vorbringen betreffend Akteneinsicht kann nicht eingegangen werden, da dieses Thema nicht Gegenstand der Berufung ist.

Eben so wenig können Einwendungen betreffend die Unrichtigkeit der damaligen Abgabenbescheide (aufgrund Krankheitsbedingter Umstände) im Verfahren betreffend Einstellung (Aufhebung) der Vollstreckung mit Erfolg vorgebracht werden.

Zum Antrag auf Berichtigung der UFS Entscheidung betreffend Einkommensteuer 2005 ist festzuhalten, dass eine Berichtigung bereits mit Schreiben des zuständigen Referenten vom 6. September 2001 abgelehnt wurde. Zur Verwendung des Vornamens „D “ ist auf die obigen Ausführungen, wonach der Bw eindeutig identifizierbar war, zu verweisen.

Aus dem gesamten Vorbringen des Bw wird somit nicht aufgezeigt, dass einer der in den §§ 16 sowie 12-14 AbgEO angeführten Einstellungs – oder Aufschiebungsgründe gegeben ist.

Über die Berufung war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Salzburg, am 4. Dezember 2013